

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Susset, Freiherr von Schorlemer, Eigen, Bayha, Brunner, Schartz (Trier), Sauter (Epfendorf), Hornung, Herkenrath, Michels, Rode (Wietzen), Scheu, Stockhausen, Carstensen (Nordstrand), Borchert, Freiherr Heeremann von Zuydtwyck, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Meyer zu Bentrup, Niegel, Frau Dempwolf, Wittmann (Tännesberg), Seehofer, Dr. Rose, Regenspurger, Dr. Olderog, Schmitz (Baesweiler), Funk, Dr.-Ing. Oldenstädt, Gerster (Mainz), Kroll-Schlüter, Eylmann, von Hammerstein, Dr. Jobst, Sauer (Salzgitter), Weiß, Frau Will-Feld, Rossmann, Jung (Lörrach) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Paintner, Ronneburger und der Fraktion der FDP

zur Beratung des Agrarberichts 1986 der Bundesregierung
— Drucksachen 10/5015, 10/5016 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß

- die erzielten Erfolge in der Wirtschafts- und Finanzpolitik (u. a. Preisstabilität, Einkommenswachstum, niedriges Zinsniveau) eine wichtige Voraussetzung für eine gesunde und leistungsfähige Landwirtschaft darstellen,
- sich die Einkommenssituation der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1984/85 zwar verbessert hat; nach den Schätzungen für das laufende Wirtschaftsjahr 1985/86 jedoch wieder mit einem Rückgang der Einkommen gerechnet werden muß,
- weiterhin ein erheblicher Abstand zwischen dem Einkommen der Landwirtschaft — vor allem der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe — und dem Einkommen im außerlandwirtschaftlichen Bereich verbleibt,
- die gemeinsame Agrarpolitik ihren Handlungsspielraum nur dann zurückgewinnen kann, wenn es gelingt, die Produktion auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen,
- die Preispolitik die wichtigste Grundlage für die Einkommen der Landwirtschaft bleiben muß; sie bei der gegenwärtigen Marktlage ihre Funktion zur Einkommensstützung jedoch nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann,
- verstärkt ergänzende einkommenswirksame Maßnahmen geschaffen werden müssen, die zielgerecht für

- Betriebe mit niedrigem Einkommen
und
- für Leistungen der Landwirtschaft im Bereich Umwelt
und Landschaftspflege
einzusetzen sind.

2. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß

- der 5 %ige Einkommensausgleich über die Umsatzsteuer zur Einkommensstabilisierung landwirtschaftlicher Betriebe beigetragen hat und mit der Ausschlußgrenze von 330 VE eine Maßnahme gegen Großbestände in der Tierhaltung ergriffen wurde,
- trotz der mit der Einführung der Garantiemengenregelung bei Milch verbundenen Härten auch die Futterbaubetriebe im abgelaufenen Wirtschaftsjahr ein besseres Einkommen erzielen konnten und die Schätzungen für 1985/86 einen Fortbestand dieses Trends erwarten lassen,
- durch die Einführung eines neuen Milchrentenprogramms die von Brüssel vorgesehene weitere 1 %ige Kürzung der Garantiemengen nicht auf den Einzelbetrieb umgelegt werden mußte,
- mit der Bereitstellung weiterer 185 000 t Milch im Rahmen der zweiten Ermessensklausel ein weiterer Beitrag zur Regelung noch bestehender Härtefälle geleistet werden konnte,
- die Bundesregierung mit der Ausweitung der benachteiligten Gebiete und der Anhebung des Höchstbetrages wirksame Hilfe zum Ausgleich der ungünstigen Produktionsbedingungen in benachteiligten Gebieten geleistet hat,
- die Bundesregierung sich in Brüssel für eine weitere Ausdehnung der benachteiligten Gebiete auf 6 Mio. ha (50 % der LF der Bundesrepublik Deutschland) einsetzt,
- die Bundesregierung die Mittel für die landwirtschaftliche Unfallversicherung wieder auf 400 Millionen DM angehoben hat,
- die Bundesregierung in der Altershilfe mit der Anhebung der Bundeszuschüsse auf 80,3 % und der Einführung gestaffelter Beitragszuschüsse einen weiteren Schritt zur Entlastung einkommensschwacher Betriebe von den Ausgaben für die soziale Sicherung getan hat,
- die Bundesregierung in der landwirtschaftlichen Steuerpolitik umfangreiche Maßnahmen zur Erleichterung der Aufgabe und des Verkaufs kleinerer Betriebe, der Abfindung weichender Erben und der Tilgung betrieblicher Schulden ergriffen hat,
- die gegenwärtig schwierige Situation der deutschen Landwirtschaft auch ihren Niederschlag im Agrarstat, der im Zeitraum 1983 bis 1986 gegenüber dem Gesamthaushalt

(+ 4,1 %) mit 16,4 % deutlich stärker gestiegen ist, gefunden hat,

- die Bundesregierung in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft ein totales Verbot von Hormonen in der Tiermast durchsetzen konnte.

3. Der Deutsche Bundestag wiederholt seine Forderung an die Bundesregierung,

- in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft weiterhin mit Nachdruck für einen wirksamen Schutz von Milch- und Fleischerzeugnissen vor Imitationsprodukten sowie für eine Beibehaltung des Reinheitsgebotes bei Bier einzutreten,
- dafür einzutreten, daß landwirtschaftliche Betriebe für umweltschutzbedingte Bewirtschaftungsbeschränkungen einen angemessenen Ausgleich erhalten, so daß sie nicht schlechter gestellt werden als vergleichbare Betriebe ohne diese Beschränkungen,
- durch die regionale Wirtschaftsförderung verstärkt Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen.

4. Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung,

- umgehend nach der Brüsseler Zustimmung zur Ausweitung der benachteiligten Gebiete auf 6 Mio. ha die notwendigen Mittel zur Zahlung der zusätzlichen Ausgleichsbeträge zur Verfügung zu stellen; soweit dies nicht zur Produktionsausweitung führt,
- den Höchstbetrag der Förderung je Hektar in benachteiligten Gebieten spürbar anzuheben und die Viehbindung aufzuheben,
- in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft dafür einzutreten, daß alle Steillagen im Weinbau in das EG-Bergbauernprogramm aufgenommen und entsprechend gefördert werden,
- geeignete Maßnahmen vorzulegen, um die Belastungen kleinerer und mittlerer bäuerlicher Familienbetriebe für die soziale Sicherung weiter zu senken. Vordringlichstes Ziel ist es, die hohen Belastungen der Zwei-Generationen-Betriebe und die Ausgaben für die Krankenversicherung zu senken,
- umgehend in den Gremien der EG für ein Marktentlastungsprogramm auf freiwilliger Basis in der gesamten Gemeinschaft einzutreten,
- ergänzend für Maßnahmen zur Teilflächenstillegung und -umwidmung in der gesamten Gemeinschaft einzutreten,
- sicherzustellen, daß Flächenstillegungen weder innerhalb der Bundesrepublik Deutschland noch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu Wettbewerbsverzerrungen führen,
- auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft dafür einzutreten, daß marktentlastende Maßnahmen in der EG nicht

- durch einen Anstieg von Drittlandsimporten (z. B. Getreidesubstitute) unterlaufen werden,
- für ein EG-weites Milchrentenprogramm einzutreten, wobei erreicht werden soll, daß
 - die laufenden Herauskaufaktionen (Bund und Länder) weiterbestehen können und
 - von dieser Maßnahme in allen Mitgliedstaaten unter gleichen Bedingungen Gebrauch gemacht wird,
 - in Brüssel für eine EG-weite Aussetzung der Investitionsförderung zur Kapazitätserweiterung in allen Überschußbereichen einzutreten; insbesondere einen sofortigen Stopp der Hilfen für den Bau von Schweineställen zu fordern,
 - dafür einzutreten, daß die notwendigen Finanzmittel auch nach dem 31. Dezember 1988 zur Einkommenssicherung der Landwirtschaft bereitgestellt werden,
 - zur Verhinderung unerwünschter Konzentrationen in der Tierhaltung alle agrarpolitischen Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft auf die bäuerlichen Familienbetriebe zu beschränken und EG-weite Bestandsobergrenzen anzustreben,
 - den Bau von Pilotanlagen zur Bioäthanolherstellung und den Absatz von Bioäthanol aus diesen Anlagen finanziell zu unterstützen,
 - in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft dafür einzutreten, daß eingesparte Exporterstattungen und Lagerhaltungskosten für die erleichterte Markteinführung von nachwachsenden Rohstoffen (z. B. Stärke, Zucker, Öle, Fette und Bioäthanol) zur Verfügung gestellt werden,
 - gemeinsam mit den Bundesländern für eine Erleichterung der Aufforstung einzutreten und die administrativen Hemmnisse zu beseitigen,
 - zu prüfen, inwieweit liquide Mittel aus den Zweckvermögen des Bundes bei der landwirtschaftlichen Rentenbank zur Konsolidierung unverschuldet in Not geratener landwirtschaftlicher Betriebe eingesetzt werden können,
 - gemeinsam mit den Bundesländern und Beratungsinstitutionen der Landwirtschaft darauf hinzuwirken, daß die landwirtschaftlichen Unternehmen die gegenwärtig niedrigen Zinsen zur Verbesserung der Finanzierungsstruktur nutzen können.

Bonn, den 23. April 1986

Susset
Freiherr von Schorlemer
Eigen
Bayha
Brunner
Schartz (Trier)
Sauter (Epfendorf)
Hornung
Herkenrath
Michels
Rode (Wietzen)
Scheu
Stockhausen
Carstensen (Nordstrand)
Borchert
Freiherr Heeremann von Zuydtwyck
Dr. Kunz (Weiden)
Dr. Meyer zu Bentrup
Niegel
Frau Dempwolf
Wittmann (Tännesberg)
Seehofer
Dr. Rose
Regenspurger
Dr. Olderog
Schmitz (Baesweiler)
Funk
Dr.-Ing. Oldenstädt
Gerster (Mainz)
Kroll-Schlüter
Eylmann
von Hammerstein
Dr. Jobst
Sauer (Salzgitter)
Weiß
Frau Will-Feld
Rossmanith
Jung (Lörrach)
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Paintner
Ronneburger
Mischnick und Fraktion

